



HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG SACHSEN
www.weiterdenken.de

weiterdenken einmischungen 2013/14



Demokratie
Zeitgeschichte
Geschlechterdemokratie

Migration
Kunst
Bildung

Ökologie
Internationale Arbeit

Wirtschaft
Soziales

Zeitgeschichte

Die «Wunde Auschwitz» aufgemacht

Ortsbegehung in Freiberg

von Kathrin Krahlf

«Ich finde nicht schön dass Hitler die Juden umgebracht hat. Jeder von Ihnen verdient unser Mitleid.» Das hinterließ eine Neuntklässlerin im Gästebuch einer Ausstellung. *«Wieso Hitler? Dein Opal»*, schrieb ein anderer Besucher in Verkürzung des landläufigen Täterdiskurses dahinter¹.

In diesem Spannungsfeld zwischen den bekannten Täterpersönlichkeiten im Nationalsozialismus und der unsichtbaren regionalen Täterschaft arbeiteten im Schuljahr 2012/13 zwölf Schülerinnen und Schüler des BSZ «Julius Weisbach» im Projekt ORTSBEGEHUNG – Stadtrecherchen zu Shoah und Täterschaft. Im laufenden Schuljahr haben wir Stadt- und Archivrecherchen betrieben, haben die Topographie des Terrors in Berlin und die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen besucht. Dabei war unsere Ausgangsfrage die nach Täterschaft im Nationalsozialismus in Freiberg, aus der eine Ausstellung entstehen sollte.

Trotz aller Recherchen und Spuren von Täterschaft in der Stadt Freiberg während des NS ließ uns aber die unmittelbare Geschichte des Schulgeländes des BSZ nicht los.

Am 10. Dezember 1941 wurde die zwölfjährige Helga Weissová aus Prag nach Theresienstadt deportiert. «Zeichne, was Du siehst!», sagte ihr Vater, nachdem sie ihm ein selbstgemaltes Bild in die Männerkarsene geschmuggelt hatte. Helga zeichnete und dokumentierte den Alltag der Menschen im Ghetto und es entstand eines der unmittelbarsten Dokumente der Shoah. Helga Weissová ist eines der Mädchen die über Auschwitz nach Freiberg deportiert wurden. Unser Wunsch Helga Weissová kennenzulernen wuchs stetig.

Wir besprachen und berieten uns mit dem Lokalhistoriker Dr. Düsing und stellten über

ihnen den Kontakt zu Helga Weissová und deren Freundin, ebenfalls Überlebende, Lisa Miková her.

Immer dringlicher war den Schüler_innen sowie deren Lehrerin und Begleiterin Maria-Gabriele Lippmann, die beiden Überlebenden aus Prag einzuladen und einen dauerhaften Gedenkkort an die Verfolgung in Freiberg zu errichten.

So konnten wir am 24. Juni nicht nur die Ausstellung der Schüler_innen und Schüler eröffnen, sondern auch die Gedenkwand gemeinsam mit den Überlebenden Helga Weissová-Hošková und Lisa Miková aus Prag einweihen.

IHNEN eine Gedenkwand

Vordergründige Versöhnung zwischen Überlebenden und Täter_innen des Nationalsozialismus lehnte der verfolgte Philosoph Jean Améry Zeit seines Lebens kategorisch ab; seiner Meinung nach müsse die »Wunde Auschwitz« gesellschaftlich offen gehalten werden. Das Errichten einer Erinnerungswand soll diese Wunde verdeutlichen und Freiberg als angeschlossen an das Synonym Auschwitz für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden aufdecken².

Die Künstlerin Stefanie Busch erstellte einen Entwurf, der das historische Wissen und die Vielfältigkeit der Vorstellungen und Wünsche der Schülerinnen und Schüler auf verschiedenen Ebenen in der Realisierung vereint. Der zentrale Blickpunkt der Arbeit ist das Wort Ihnen, von dort aus entwickelt sich die Gedenkwand. Das Ihnen spricht einerseits die konkreten verfolgten Mädchen und Frauen an - die Höflichkeitsform



Auf dem Gelände des heutigen Berufsschulzentrums „Julius Weisbach“ am Hammerberg befand sich von 1943 bis 1945 das Barackenlager der FREIA GmbH, in dem Menschen aus vielen besetzten Ländern Europas hausten, die Zwangsarbeit in einem nach Freiberg ausgelagerten Betriebsteil der ARADO-Flugzeugwerke in den Werkhallen der ehemaligen Porzellanfabrik Kahla an der Frauensteiner Straße leisten mussten.

Vom Januar bis April 1945 wurde es durch ein streng abgesondertes und von SS bewachtes Konzentrationslager – eines der größten Außenlager des KZ Flossenbürg – erweitert, in dem rund 1.000 jüdische Mädchen und Frauen unter anhaltender Todesangst, Kälte, Hunger, Demütigungen und völliger Erschöpfung vegetierten. Sie hatten die Unbarmherzigkeit der Judenhäuser in ihren Heimatorten in Deutschland, Österreich, der damaligen Tschechoslowakei, Polen, Ungarn oder Holland überstanden, die Grausamkeit der Ghettos in Theresienstadt, Sereed und Lódz oder des sogenannten „Durchgangslagers“ in Westerbork erlitten und die Hölle des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau überlebt.

Nach neun Monaten unbarmherziger Sklavenarbeit in der FREIA GmbH an der Frauensteiner Straße und im Werk II des „Wehrbetriebs“ Hildebrand an der Himmelfahrtsgasse, während der acht Jüdinnen starben, wurde das Lager am 14. April 1945 „evakuiert“. Die 16-tägige Irrfahrt in zum Teil offenen Güterwaggons endete am 29. April 1945 im KZ Mauthausen in Österreich. Dort wurden sie am 5. Mai 1945 von amerikanischen Truppen befreit.

Dr. Michael Düsing

ORTSBEGEHUNG

Stadtrecherchen zu Shoah und Täterschaft

Eine Postkarte zum Mitnehmen zeigt das Denkmal in Benutzung, die beteiligten Schülerinnen und Schüler passieren im Alltag die Gedenkwand und werden sie nach einigen Wochen nur noch aus den Augenwinkeln wahrnehmen. Auf der Rückseite befindet sich der obige Text. So kann sich jede_r Besucher_in einen Teil des Denkmals einpacken und nochmals in Ruhe nachlesen.

Die Täter_innen gewinnen mit der Adresse in der eigenen Stadt merklich an Konturen

Ortsbegehung – die Ausstellung

Die Shoah ist Teil der Menschheitsgeschichte. Menschen haben dieses Verbrechen anderen Menschen angetan. Die Ausstellung der Schüler_innen und Schüler in der Aula des BSZ suchte nicht die klassische Unterscheidung nach Opfern, Tätern und Zuschauern³ (Raul Hilberg), sondern untersucht Handlungen der Individuen in Freiberg. Die Tat, die Handlung macht zum Täter/zur Täterin und womöglich ist das Bestaunen einer Enteignung - der Nachbar_innen auch eine Tat, da sie legitimiert und eine Bühne herstellt.

Die Verbrechen waren möglich, weil einzelne Menschen mit ihren Entscheidungen und Handlungen gemeinsam die Bedingungen für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden geschaffen haben. Daher untersuchten wir die Vielschichtigkeit der Tat(en) und diskutierten die Auswege, Unterlassungen und Widerstände ihres und unseres Handelns.

1 Hilmar Sack: *Gebt Hitler nicht Eure Telefonnummer - Eine Rückschau auf die Ausstellung Holocaust*, S. 49-55, in: Ästhetik und Kommunikation, Heft 122/123, 34. Jahrgang, Winter 2003.

2 Améry, Jean: *Jenseits von Schuld und Sühne: Bewältigungsversuche eines Überwältigten*, München 1966.

3 Raul Hilberg: *Täter, Opfer, Zuschauer: Die Vernichtung der Juden 1933-1945*, Frankfurt a.M. 1997.

Kathrin Krahlf leitet das Projekt «Ortsbegehung», das nach Freiberg in Leipzig und Döbeln fortgesetzt wird. Die Dokumentation aller Projektteile findet sich bei weiterdenken.de

Stefanie Busch (1977) lebt und arbeitet in Dresden und studierte an der HfBK Dresden bei Lutz Dammbeck.
[www.galerie-baer.de/
kuenstler/stefanie-busch/](http://www.galerie-baer.de/kuenstler/stefanie-busch/)



oben: Eröffnung der Gedenkwand mit Helga Weissová-Hošková und Lisa Miková aus Prag
unten: Ansichten der Ausstellung der Schülerinnen und Schüler im BSZ
rechts oben: Postkarte zur Gedenkwand (Vorder- und Rückseite)



Millionen Stimmen

Bürgerbeteiligung und Wasserpolitik in Europa

Interview von Anne Winkel

Europas Themen näher bringen – der Europa-Salon als neues Veranstaltungsformat

Im Frühjahr 2013 starteten wir in Chemnitz eine neue Veranstaltungsreihe namens Europa-Salon. Drei bis vier Mal im Jahr soll dieses Diskussionsforum interessierte Menschen und Expert_innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenbringen und einen Ort schaffen, an dem auf Augenhöhe über europapolitische Themen informiert und debattiert werden kann. Für 2014 sind weitere Themenabende in Chemnitz, Leipzig und Dresden geplant. Der Salon im Juli 2013 beschäftigte sich mit Bürger_innenbeteiligung in Europa am Beispiel der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) right2water, welche die EU-Wasserpolitik kritisiert und sich für den Schutz dieser Ressource vor den Gesetzen des freien Marktes einsetzt. Clivia Conrad, Bundesfachgruppenleiterin für Wasserwirtschaft bei ver.di und Mitorganisatorin bei right2water, und Christa Hecht, Geschäftsführerin der Allianz für öffentliche Wasserwirtschaft, standen uns zu den Themen Bürger_innenbeteiligung und Wasserpolitik Rede und Antwort.

Wie weit kann und darf Bürger_innenbeteiligung gehen?

Christa Hecht: Bei öffentlichen Betrieben und Unternehmen sind zunächst die Kommunen und die Kommunalparlamente gefragt, über ihre Beschlüsse und Vorgaben mehr zu informieren. Das heißt aber auch, dass die Bürgerinnen und Bürger sich für die Aufgaben der Daseinsvorsorge mehr interessieren sollten. Denkbar ist, in die Aufsichtsgremien auch Vertreter_innen von Gebührenzahldern/Kunden zu entsenden, die dann an den strategischen Entscheidungen beteiligt sind. Auch mit einer größeren BürgerInnen-Beteiligung muss die Qualität gewährleistet sein und der Gewässer- und Umweltschutz gesichert sein. Bei Public-Private-Partnership (PPP) und privatisierten Unternehmen der Wasserversorgung ist es zunächst wichtig, dass die Verträge zwischen den Kommunen und den Privaten offen gelegt werden. Wir sind gegen Privatisierung und PPP, wenn eine Kommune aber diesen Weg gehen will, dann sollte dies nur durch einen Bürgerentscheid überhaupt möglich sein. Denn die Gebührenzahler und Kunden haben die Infrastruktur ja über ihre Gebühren und Entgelte finanziert.

Clivia Conrad: Das neue Instrument der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) bietet erstmals einen direkten Zugang der Bürger_innen zur EU-Kommission. Besser als über Dritte können die Initiator_innen ihre Auffassungen und Forderungen vortragen, wenn sie die formalen Voraussetzungen erfüllen. Das setzt allerdings europaweite Strukturen voraus, die die meisten Initiator_innen der derzeit laufenden EBI nicht haben.

Erfolgreiche Initiativen können tatsächlich die EU-Politik im Sinne der Bürger_innen beeinflussen, wie die Herausnahme des Wassersektors aus der Konzessions-Richtlinie als Folge unserer EBI für das Menschenrecht auf Zugang zu sauberem Trinkwasser

und sanitärer Grundversorgung zeigt. Bis heute haben wir über 1,7 Millionen Unterschriften EU-weit gesammelt, allein in Deutschland 1,3 Millionen, in 12 Ländern ist das Mindestquorum überschritten.

Wie bewerten Sie die EBI als Instrument für mehr Bürger_innenbeteiligung?

Clivia Conrad: Welche Wirkung eine EBI entfaltet, hängt von vielen Faktoren ab. Nicht zuletzt davon, wie die Kommission dann mit den erfolgreichen Initiativen umgeht. Das werden wir erst noch erfahren. Solange die formalen Hürden allerdings so hoch sind, werden nur wenige EBI überhaupt bis zur Kommission vordringen.

Die EBI right2water hat auch mit den vielen Diskussionen beim Sammeln der Unterschriften sehr viel erreicht. Viele Bürger_innen interessieren sich seither dafür, wie ihre Wasserversorgung organisiert ist und bringen sich auch vor Ort dazu ein. Das ist gut für unsere Demokratie.

Welche Chancen räumen Sie der Beachtung der Forderungen von Right2Water seitens der Kommission ein?

Christa Hecht: Auf jeden Fall werden sich das Europäische Parlament und die EU-Kommission damit auseinandersetzen. Die Maßnahmen, die daraus folgen, sind nicht abzusehen. Die Initiatoren und Unterstützerorganisationen sind schon dabei, die Forderungen weiter zu konkretisieren. Nun droht die Liberalisierung aber schon wieder durch die Hintertür über das Freihandelsabkommen der EU mit den USA, das derzeit verhandelt wird. Die Kommunen und die Wasserwirtschaft sind davon auch massiv betroffen. Unsere Umwelt- und Sozialstandards stehen dabei auf dem Spiel, denn nach der Absichtserklärung der Verhandlungspartner sollen alle Handelsbarrieren abgebaut werden. Bei den in den USA in der Bush-Ära massiv abgebauten Umweltgesetzen.

Clivia Conrad: Die Wasserwirtschaft ist aus der Konzessionsrichtlinie ausgenommen. Das ist das Ergebnis der Trilog-Verhandlungen zwischen Europäischer Kommission, Parlament und Ministerrat. Dieser Erfolg ist nur ein Etappenziele. Denn die Kommission wird neue Versuche starten, die Wasserwirtschaft zu liberalisieren. Sie will in der Richtlinie eine Revisionsklausel einbauen. Dem wollen wir mit der Bürgerinitiative dauerhaft einen Riegel vorschieben. Und die weiteren Ziele der Initiative - die Realisierung des Menschenrechts auf Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung - sind noch gar nicht behandelt.

Welche Schritte wird «right2water» verfolgen, um den konkreten Forderungen der Initiative Nachdruck und Einfluss bei der Kommission zu verleihen?

Clivia Conrad: Wir arbeiten darauf hin, bis zum Ende der Unterschriftensammlung am 9. September 2013 EU-weit 2 Millionen Unterstützer_innen zu finden, um mit besonderem Nachdruck in die Anhörung vor der Kommission gehen zu können. Wir werden sehr konkrete Vorschläge für die EU-Gesetzgebung machen, die das Menschenrecht auf Wasser vom Papier in die Realität bringen sollen und das öffentliche Gut Wasser dauerhaft schützen soll. Und wir werden die Stellungnahme der Kommission, die bis zum 13. Februar 2014 erfolgen muss, öffentlich beantworten. Die neue Bundesregierung wie die Kandidat_innen zur Europawahl im Mai 2014 werden sich unseren Forderungen stellen müssen. Wenn das nötig ist, werden wir eine Folgekampagne durchziehen.

Die Allianz für öffentliche Wasserwirtschaft ist Unterstützerorganisation bei right2water, und setzt sich auch besonders für den Schutz von Wasser als öffentlichem Gut ein. Welche Meilensteine müsste der Bund berücksichtigen, um den von AÖW geforderten Zielen einen Rahmen zu geben?

und gleichberechtigt mit anderen Zugang zu allgemeiner tertiärer Bildung, Berufsausbildung, Erwachsenenbildung [eigene Hervorhebung] und lebenslangem Lernen haben. Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten sicher, dass für Menschen mit Behinderungen angemessene Vorkehrungen getroffen werden.» Das bedeutet, bestehende Strukturen auch in der politischen Erwachsenenbildung werden verändert und eine Willkommenskultur wird entwickelt, die alle Menschen mit und ohne Behinderungen einlädt, barrierefrei, gleichberechtigt und selbstbestimmt teilzuhaben und sich einzubringen.

In der Arbeit von Weiterdenken Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V. beschäftigen wir uns mit der Frage, was Inklusion in der politischen Bildungsarbeit und für deren Praxis bedeutet. Dafür werden Ergebnisse aus dem Verbundprojekt, Überlegungen und Erfahrungen und daraus neu entstandene Fragen betrachtet. Neben den Voraussetzungen und Zugängen für Menschen mit Behinderungen soll auch auf jene für sogenannte «bildungsberechtigte» Menschen geschaut werden. Dafür soll mit Akteur_innen aus der politischen Bildungsarbeit, mit Kulturträger_innen, mit Interessenvertretung(en) von Menschen mit Behinderungen und weiteren Träger_innen zusammengearbeitet werden. Gemeinsam sollen Methoden, Formate und Techniken entwickelt werden, mit denen politisch (-kulturelle) Bildungsarbeit inklusiv gestaltet werden kann.

«Find a name.» - über die Schwierigkeit diskriminierungsfrei zu beschreiben, wen man denn meint

In der politischen Bildungsarbeit gibt es als eine Zielgruppe die sogenannten «Bildungsberechtigten» bzw. «Bildungsfernen». Diese beiden Begriffe bereiten Schwierigkeiten und verursachen mitunter ein Unbehagen. Denn jemand, der einen Meisterabschluss hat, ist weder bildungsfern noch benachteiligt. Bei beiden Begriffen stellt sich die Frage, auf welcher Höhe wird der Stock angelegt, über den der oder die einzelne dann zu springen hat.

Benedikt Widmaier und Frank Nonnenmacher bieten als Ausweg aus den Begriffen «bildungsberechtigt» bzw. «bildungsberechtigt»

organisiert und angeboten.

Eine zweite Ursache liegt in der Frage, wie offen Veranstaltungen geplant und organisiert werden. Eine Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Netzwerken ermöglicht die vorhandenen Routinen zu hinterfragen. Neue Erfahrungen, Methoden und Techniken können gemeinsam entwickelt und mehr Expert_innen in eigener Sache einbezogen werden.

«Inklusion» (be)trifft politische Bildung

«Inklusion» wird oft zuerst mit schulischer Bildung verbunden. Dabei geht es um mehr: Es geht um Fragen zu Teilhabe, Gerechtigkeit und wie Vielfalt in unserer Gesellschaft gelebt wird. Und es geht darum, wie offen die Zugänge sind und wo welche Barrieren bestehen, die durch gesellschaftliche Veränderungen abgebaut werden sollten. An diesem Punkt setzt die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen der Vereinten Nationen (UN-BRK) an. Sie hat seit ihrem Inkrafttreten in Deutschland im Jahr 2009 wichtige Impulse weit in viele Lebensbereiche hinein gegeben und bereichert(e) seither andere Politikfelder wie die Gleichstellungs- und Migrationspolitiken². Mit einer solch breiten Wirkung ist der Weg hin zu einer neuen Gesellschaftspolitik eröffnet.

Teil des deutschen Bildungssystems ist die politische Bildung. Auch sie wird von den Inhalten und Zielen der UN-BRK beeinflusst. So heißt es bspw. im Artikel 24 UN-BRK zur Bildung in Absatz 5: «Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Menschen mit Behinderungen ohne Diskriminierung

² s. bspw. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundestagsfraktion: Deutschland vielfältig denken - Ein grüner Inklusionsansatz für das Einwanderungsland Deutschland. Fraktionsbeschluss am 23.4.2013. Abrufbar unter: http://www.gruenebundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Inklusionsansatz.pdf.

Christa Hecht: Der Bund sollte Wasser als Gemeingut und das Menschenrecht auf sauberes Wasser und hygienische Sanitärvorsorge im Grundgesetz absichern. Das ginge zum Beispiel durch Ergänzungen zu §1 und 2 und §20 a GG. Auch das Wasserhaushaltsgesetz müsste dahingehend ergänzt werden. Da die Daseinsvorsorge kommunale Aufgabe ist, sollte in den Gemeindeordnungen der Bundesländer die Wasserversorgung als Aufgabe der öffentlichen Hand festgeschrieben werden, so wie dies jetzt Baden-Württemberg regeln will. Die interkommunale Zusammenarbeit muss gefördert werden und nicht durch die Erhebung von Mehrwertsteuer auf sogenannte Beistandsleistungen der Kommunen untereinander noch erschwert werden, wie das aktuell der Fall ist. Dem Gewässerschutz und der Sicherstellung der qualitativ guten Wasserversorgung wie wir sie in Deutschland haben, muss Priorität vor anderen Interessen (wirtschaftliche, Energie usw.) eingeräumt werden. Das müssen wir bisher immer wieder anmahnen, ob es um Fracking oder CCS ging. Der Bund muss sich im EU-Ministerrat dafür stark machen, dass die EU-Kommission die Wasserwirtschaft endlich von ihrer Liberalisierungsagenda nimmt.

Wasserpolitik in Krisenzeiten - Staaten wie Griechenland oder Spanien sollen nur Finanzhilfen bekommen, wenn sie Teilprivatisierungen großer staatlicher Unternehmen zustimmen - wie lautet Ihre Einschätzung zu möglichen Alternativen?

Christa Hecht: Nach den Europäischen Verträgen darf kein Privatisierungzwang ausgeübt werden. Das haben wir auch gegenüber der EU-Kommission herausgestellt. In Thessaloniki sind einige Bürger_innen und Bürgermeister der umliegenden Kommunen dabei, die Sache selbst in die Hand zu nehmen und bieten für die zur Privatisierung ausgeschriebene Wasserversorgung als Genossenschaft mit.

Podiumsdiskussion im Weltecho Chemnitz mit (v.l.n.r.): Dr. Christoph Gericke: Mitglied der SPD Fraktion im Chemnitzer Stadtrat und Aufsichtsrat der Eins Energie in Sachsen GmbH & Co KG , Clivia Conrad und Dr. Ellen Thümmler (Moderation)



ferner die Formulierung «unter erschwerten Bedingungen». Diese Schöpfung kommt aus der Sonder- und Heilpädagogik und meint Benachteiligungen aufgrund bestimmter persönlicher Merkmale. Diese Begrifflichkeit ist zwar eine Alternative, die nicht mehr suggeriert, dass jemand fern von Bildung ist oder benachteiligt sei. Und sie legt einen individuellen Fokus auf persönliche Eigenschaften, die den Zugang erschweren. Aber sie ist eine Alternative, mit der vorsichtig

umgegangen werden sollte. Denn bei dem individuellen Blick darf nicht vergessen werden, dass in der politischen Bildungsarbeit Veränderungen notwendig sind - bei den Strukturen an sich, bei bestehenden Barrieren und Hürden. Denn politische Bildung richtet sich an alle Menschen und sollte durch vielfältige Angebote dazu beitragen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt wird.

Ausblick

Am Samstag, den 9. November 2013 wird in Leipzig/ Sachsen und Münster/ NRW ganztags getagt: Eine Doppeltagung von (hochInklusiv) Zusammenhalt einer vielfältigen Gesellschaft sucht nach Antworten auf die Frage «Inklusion in der Krise? Über gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zeiten von (globalen und europäischen) Wirtschafts- und Finanzkrisen». Eingeladen sind Fachmensen genauso wie alle, welche die aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen umtreiben.

Wir fragen *Wohnen für Alle?*- Wohnraum wird zunehmend unbelastbar. Mieten steigen und nicht nur alteingesessene Menschen werden aus ihrem vertrauten Lebensumfeld verdrängt. Die Mietpreisedentwicklungen sind scheinbar kaum abzubremsen. Über das Vorgehen von Vermieter_innen und Investor_innen, um Wohnraum zu entmieten, um sie teurer anzubieten, gibt es wilde Geschichten. Wie schaffen es Städte wie Leipzig, Berlin und Hamburg die vorhandenen Verdrängungsprozesse aufzuhalten?

Wir wollen wissen: Wie barrierefrei ist die Stadt Leipzig selbst? Bei einem Rundgang, der von Rose Jokic (Antidiskriminierungsbüro Leipzig) angeleitet wird, werden wir die Stadt erkunden und herausfinden, wo eine barrierefreie Teilhabe für alle Menschen mit und ohne Behinderungen möglich ist, und wo nicht. Vorgestellt werden gute wie schlechte Beispiele. Bei dem Rundgang wird es möglich sein, bestimmte Beeinträchtigungen bei Mobilität oder den Sinnen nachzuempfinden.

Gibt es nach der EBI durch die europaweite Vernetzung mit anderen Gewerkschaften weitere gemeinsame Ideen oder Pläne?

Clivia Conrad: Die europaweite Vernetzung der Gewerkschaften hat eine lange Tradition. Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) und der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD), Koordinator der EBI right2water, haben schon in vielen Fragen die EU-Kommission und das Europäische Parlament (EP) beraten und vor Fehlentscheidungen gewarnt. Das ist nicht leider immer erfolgreich gewesen. Für geeignete Themen werden wir deshalb auch künftig das Instrument der EBI nutzen.

Aktuell macht uns das Freihandelsabkommen EU - USA (TTIP) große Sorgen.

Die Geheimverhandlungen, für die die Kommission mit einem sehr weitgehenden Verhandlungsmandat ausgestattet ist, könnten Sozial-, Gesundheits- und Umweltstandards und z.B. unseren Erfolg für das öffentliche Wasser gefährden. Wir mischen uns auch hier ein und fordern Sicherung unserer Standards sowie Transparenz und Beteiligung.

right2water

Die Unterschriftenaktion von right2water läuft noch bis September 2013. Unterstützer_innen können sich unter www.right2water.eu informieren und bis zum 9. September 2013 online unterzeichnen oder ihre Unterschrift bis zum 26. August direkt bei ver.di einreichen.

Die Anschrift lautet:
ver.di,
Wasser ist Menschenrecht;
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin.

Der Countdown läuft!

FLÜCHTLINGE IN DER UKRAINE

Verweigerter Flüchtlingsschutz – «Access to Protection denied»

Interview mit Marc Speer

«Die Grenzen der Menschenrechte» waren das Thema einer Tagung des Lehrstuhls für Politische Theorie und Ideengeschichte der TU Dresden und Weiterdenken. Junge Wissenschaftler_innen setzten sich mit den aktuellen Herausforderungen demokratischer Rechtsstaaten durch Migration auseinander. Als Gastredner sprach der Soziologe Mark Speer über die wenig bekannte, hochprekäre Lage von Transmigrant_innen in der Ukraine und eröffnete eine kritische Sicht auf das europäische Migrationsregime in der Region.

Marc Speer ist Migrationsforscher und Vorstandsmitglied des Vereins «bordermonitoring.eu».

Im Interview spricht Marc Speer über seine Arbeit, das sogenannte Migrationsmanagement der EU und der Ukraine und dessen Folgen für die Migrant_innen.

Marc, Du bist für das «Border Monitoring Project Ukraine» tätig. Kannst Du uns Deine Arbeit und die entsprechende Situation in der Ukraine näher beschreiben?

Das Border Monitoring Project Ukraine beschäftigt sich seit 2008 mit dem Migrationsregime in der Ukraine. Die Ukraine ist ein Herkunftsland von, aber auch ein Transitland für Migranten insbesondere aus drei Regionen: der Region um Pakistan, Indien, Bangladesch; Bürgerkriegsregionen wie Somalia und Afghanistan und natürlich für Migranten aus der Region ehemaliger Sowjetstaaten.

Die Zahlen zur Route über die Ukraine nach Europa lassen sich schwer schätzen, weil man nicht weiß, wie viele wirklich erwischt worden sind – oder eben nicht. Es ist eine informelle Praxis, zu der es naturgegeben nie eine Statistik geben kann. Wir haben versucht, es durchzukalkulieren und kamen auf maximal 1.500 Menschen im Jahr. In Anbetracht der Millionen, die in die Ukraine investiert werden, um Migration zu unterbinden, ist es ein eklatantes Missverhältnis.

Methodisch haben wir einen starken Fokus darauf gelegt, auch mit ehemals betroffenen Flüchtlingen Interviews zu führen und das dann mit den Projektbeschreibungen bzw. Projektberichten zu vergleichen, die es natürlich bei diesen von der EU geförderten Projekten massenhaft gibt. Wir schauen uns insbesondere an, was im Hinblick auf sogenanntes «Migrationsmanagement» in der Ukraine passiert.

Ein zentrales Element bei der Migrationskontrolle in der Ukraine ist eben die Inhaftierung von Migranten, wenn sie bei einem irregulären Grenzübertritt erwischt werden. Die Menschen landen dann in Hafteinrichtungen, den euphemistisch sogenannten «Migrant Accommodation Centers», und warten dort nach offizieller Lesart auf ihre Abschiebung – oft über eine lange Zeit und ohne Gerichtsbeschluss. Praktisch ist das jedoch eher eine Bestrafung für den Versuch, irregulär nach Europa zu kommen.

Du siehst die Rolle der EU im ukrainischen Migrationssystem sehr kritisch? Wie sieht hier die konkrete Kooperation zwischen der EU und der Ukraine aus?

Die EU möchte, dass nur legale Migration stattfindet, d.h. Migration in den Migrationskanälen, die die EU vorgibt. Das bezieht sich nicht nur auf Transitmigranten, sondern auch auf ukrainische Staatsangehörige.

Die Frage ist: was kriegt die Ukraine dafür, warum macht das die Ukraine mit? Es gibt drei Antworten: Die erste ist Geld. Es werden diverse Projekte von der EU finanziert, in die die ukrainischen Border Guards, aber etwa auch die International Organization for Migration (IOM) eingebunden sind. So wird Migration im Sinne der EU gesteuert. Das bedeutet praktisch etwa die Anschaffung von modernen Toyota-Bussen für die ukrainischen Border Guards, bis hin zum Aufbau von Detention Centers.

Dazu kommt folgender politischer Punkt: Vor vielen Jahren wurde begonnen, über den Beitritt der Ukraine in die EU zu sprechen bzw. darüber zu reden, ob die Ukraine an Beitrittsverhandlungen teilnehmen könnte. Es liegt auf der Hand, dass das nie stattfinden wird, wenn die ukrainischen politischen Akteure nicht das machen, was man von der europäischen Seite gerne sehen würde.

Die dritte, konkretere Antwort ist die: wenn die Ukraine das macht, was die EU im Hinblick auf Migrationskontrolle will, dann bekommen die ukrainischen Staatsbürger Visaerleichterungen zur Einreise in die EU.

Natürlich muss man auch betonen, dass sich durch das Engagement der EU die Haftbedingungen tatsächlich verbessert haben. Die Leute werden im Regelfall nicht unter absoluten Horrorbedingungen inhaftiert. Bis 2008 gab es ein Lager, das sogenannte Pawschino, das für seine grottenschlechten Bedingungen berühmt geworden ist. Die Menschen haben auch im Winter in Zelten auf dem Hof geschlafen und es gab nicht einmal genügend Trinkwasser. Das Wasser kam einmal die Woche mit einem Tanklaster und die Leute haben sich um das Trinkwasser geprügelt. Durch das Engagement der EU haben sich die Bedingungen aber tatsächlich verbessert, was natürlich auch mit der Visualisierung zu tun hat. Es werden Bilder generiert, auf denen einem das menschliche Leid der Inhaftierten schon von den Bildern heraus anschreit. Das kann die EU trotz ihrer Gleichgültigkeit in der Migrationspolitik nicht ohne weiteres ignorieren.

Als besonders drastisch wird im Bordermonitoring-Report das Ausmaß der Korruption im ukrainischen Asylsystem beschrieben. Kannst du dazu etwas Genaueres sagen?

Man muss sehen, dass Korruption in der Ukraine gang und gäbe ist, was nicht so viel damit zu tun hat, dass alle Angehörige mafioser Strukturen wären. Das hat eher etwas mit den immens niedrigen Löhnen zu tun,

die hier bezahlt werden. Als Border Guard verdient man beispielsweise 200–300 Dollar im Monat und das ist der Hintergrund, der Korruption immens fördert. Korruption findet dazu natürlich auch innerhalb der von der EU geförderten Projekte statt. Womit wir uns in diesem Bericht beschäftigt haben, sind eben nicht Grenzübertritte, die seitens der Mafia organisiert werden, sondern die alltäglichen Schweinereien. Die Menschen müssen so für die Papiere, die sie eigentlich laut Gesetz umsonst bekommen müssten (z.B. ein Papier, das bestätigt, dass sie sich im Asylverfahren befinden), häufig trotzdem Bargeld bezahlen.

Welche Maßnahmen würdest du dir wünschen, um die Situation für die Asylsuchenden vor Ort menschlicher, also menschenrechtlicher zu gestalten und was würdest du dir strukturell wünschen?

Im Endeffekt ist es eine einfache Forderung: Die EU muss sich, wenn sie schon Migrationsregime außerhalb ihres eigenen Territoriums unterstützt, zumindest an ihre eigene Gesetzgebung halten. Das heißt, die Europäische Kommission muss die Einhaltung verpflichtender Menschen- und Flüchtlingsrechte auch überwachen und nicht bewusst die Augen schließen. Es ist doch ein schlechter Witz, wenn man sich selbst als Raum der Sicherheit, der Freiheit und des Rechts bezeichnet und dann in der Ukraine Inhaftierungszentren aufbaut, wo Migranten bis zu 12 Monaten ohne Zugang zu effektiven Rechtsmitteln und teilweise sogar ganz ohne richterlichen Beschluss inhaftiert werden können, wo also gegen ein fundamentales Prinzip der Gewaltenteilung verstößen wird. Darüber sieht man aber großzügig hinweg, weil man das pragmatische Ziel hat, die Zahl der irregulären Grenzübertritte zu reduzieren.

Die Forderung muss also lauten, dass man nicht nur Gefängnisse aufbaut und die Kontrolle der Grenze intensiviert, sondern auch zivilgesellschaftliche Akteure fördert, die dann auch tatsächlich in der Lage sind menschenrechtliche Verstöße zu dokumentieren und diese vor allem auch publik machen können, ohne Angst haben zu müssen, dass man aus den EU-Fördertöpfen raus fliegt.

Die Flüchtlingsrouten über die Ukraine führen zum Teil ja auch in europäische Staaten wie die Slowakei oder Ungarn. Wie verlaufen hier die Konfrontationen zwischen den Grenzbeamten und den Flüchtlingen?



Zhuravichi in der Ukraine: EU-geförderte Flüchtlingshaftierung inmitten eines Waldes

Was wir ebenfalls dokumentiert haben, ist die gesetzeswidrige Rückführung von Asylsuchenden aus der Slowakei oder aus Ungarn. In der Praxis lief das so ab, dass die Menschen kurz nach ihrem Grenzübertritt von den jeweiligen Border Guards erwischt worden sind. Sie haben dann gesagt, dass sie einen Asylantrag stellen möchten, sind aber dennoch zurück in die Ukraine geschoben worden, was ein Verstoß gegen das sogenannte Refoulementverbot darstellt.

Sobald ein Drittstaatenangehöriger auf dem Gebiet der EU sagt, er möchte einen Asylantrag stellen, dann muss man den erst mal prüfen. Dann kann man nicht sagen, „Ist mir egal, haben wir nicht gehört, wir schicken ihn trotzdem in die Ukraine“. Wir haben uns mit vielen Menschen in der Ukraine unterhalten, denen genau das passiert ist. Offizielle Berichte behaupten dagegen, diese Menschen hätten überhaupt keine Asylanträge gestellt. Gut, wie soll man das auch nachweisen? Die Leute waren üblicherweise allein in einem Raum mit zwei oder drei Grenzschutzbeamten. Im Protokoll wurde vermerkt, sie hätten keinen Antrag gestellt und sind somit keine Asylsuchenden, sondern illegale Migranten. Man hat sie dann innerhalb von 48 Stunden in die Ukraine zurückgeschoben mit der Konsequenz, dass die Leute erst mal über Monate bis zu einem Jahr inhaftiert worden sind. Das ist ein eklatanter Verstoß gegen internationales Flüchtlingsrecht.

Gibt es ein neues Projekt, an dem ihr arbeitet?

Wir hatten überlegt, einen Fall der Inhaftierung zu finden, den man vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, bringen kann. Wir sind uns ziemlich sicher, dass wir den Fall gewinnen würden. Es scheitert an zwei praktischen Hindernissen: Man müsste einerseits einen langen Klageweg in der Ukraine durchfechten, bis man beim höchsten zuständigen Gericht der Ukraine angekommen ist und erst dann kann man zum EGMR gehen. Du wirst keinen Migranten finden, der das macht, weil sich in der Ukraine alle aus guten Gründen nicht mit dem Staat anlegen wollen. Wir hatten andererseits überlegt, Klage für Menschen einzureichen, die bereits nach Euro-

pa gekommen sind, aber auch das ist nicht so leicht: Es gibt eine Ausnahmeregelung, die besagt, dass man innerhalb der sechs Monate nach Haftentlassung wohl klagen könnte, ohne zuvor den Rechtsweg in der Ukraine durchlaufen zu haben. Es ist allerdings sehr schwierig Menschen zu finden, die noch innerhalb der 6-Monatsfrist sind. Das hat sicherlich auch was damit zu tun, dass Menschen, die es endlich geschafft haben nach Europa zu kommen und nicht abgeschoben zu werden, das Ganze auch vergessen wollen. Die haben dann nachvollziehbar Weise keine große Lust mehr, sich mit der Inhaftierung in der Ukraine auseinanderzusetzen. Sie sind in der Regel froh, dass sie es geschafft haben, aus der Ukraine wegzukommen.

Was wir weitermachen werden, ist ein Media Monitoring auf unserer Webseite, wo Pressemitteilungen oder Presseartikel aus der Ukraine ins Englische übersetzt werden. Das ist, wenn man möchte, ein Liveticker von der Grenze. Immer, wenn etwa drei Somalis aufgegriffen werden, geben die Border Guards eine Pressemitteilung bzw. eine kurze Notiz heraus – sowie auch über alles Mögliche andere. Wir machen das nun schon seit Jahren und ich halte diese konstante Berichterstattung von der Grenze für sehr informativ. Natürlich muss man mit Presseartikeln und insbesondere Pressemitteilungen von behördlicher Seite immer ein bisschen vorsichtig umgehen und auch hinterfragen, z.B. welche Motivation dahinter steckt, jene Information zu publizieren und eine andere nicht.

FLÜCHTLINGE IN DER UKRAINE
Verweigerter Flüchtlingsschutz – «Access to Protection denied». So heißt der Bericht des »Border Monitoring Project Ukraine« (BMPU) des Bayerischen Flüchtlingsrats. Das Projekt wird von der STIFTUNG PRO ASYL gefördert. Der 48-seitige, englischsprachige Bericht dokumentiert das Zurückschieben von Flüchtlingen und Minderjährigen an der östlichen Außengrenze der EU, die Situation in der Ukraine und die Verantwortung der Europäischen Union. Mehr: www.bordermonitoring-ukraine.eu

Ökologie

Urban Gardening in Kommunen. Eine Exkursion durch Leipzig

Julia Boes

Die Heinrich-Böll-Stiftung organisiert mit der Serie 'Die Regenerative Stadt' eine Reihe von Tagungen mit bundesweiter Ausrichtung, deren Ziel es ist, Akteur_innen der Kommunalpolitik mit Aktiven zusammenzubringen. Das Schlüsselthema der vierten Tagung lautete 'Urban Gardening in Kommunen'. Städtisches Gärtnern ist dabei ein sehr vielfältiges Phänomen, das stetig erweitert wird und zahlreiche Assoziationen weckt: ökologische Aspekte wie Biodiversität und Nachhaltigkeit spielen eine wichtige Rolle, ebenso soziale Aspekte wie Selbstermächtigung, Gemeinschaft und Integration. Auch politische Fragestellungen aus den Bereichen Stadtentwicklung und Partizipation gehören zum Thema, darüber hinaus Aspekte wie gesunde Ernährung, Ernährungssicherheit, und auch Naturnähe und Ästhetik. Ziel der Tagung war es, diese Aspekte und ihre Schnittmengen auszuloten und die Entwicklungspotentiale des städtischen Gärtnerns zu diskutieren.

Die Tagung begann mit einer dreistündigen Exkursion, bei der die Teilnehmenden verschiedene Orte städtischen Gärtnerns besuchten und mit Akteur_innen dreier Projekte ins Gespräch kamen. Konzeption und Durchführung der Exkursion lagen in der Hand von Michael Berninger, der dem Stiftungsrat der Stiftung Bürger für Leipzig angehört.

Die wichtigsten Stationen waren die neuen Orte des urban gardening: In einem Sanierungsgebiet zwischen Stadthäusern gelegen, existieren die Nachbarschaftsgär-

ten seit 2004 als Gemeinschaftsgarten auf privatem Gelände in der Josephstraße in Leipzig-Lindenau. Auf 60 abgegrenzten Parzellen gärtner hier ca. 80 Menschen, und mit verschiedenen Gemeinschaftsprojekten bildet dieser Garten einen wichtigen Treffpunkt im Quartier. Darauf folgte ein Stop am Jahrtausendfeld, einer Brachfläche im Eigentum der Treuhand-Liegenschafts-Gesellschaft an der Karl-Heine-Straße. Hier kam eine der zentralen Fragen des städtischen Gärtnerns auf: Wem gehört die Fläche? In der Diskussion zeigte sich schon hier, dass der Besitz bzw. das mittel- langfristige Nutzungsrecht von Flächen eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Projekte ist.

Beim nächsten Stop, dem Areal des Plagwitzer Güterbahnhofs, wurde dies bestätigt: Die Fläche des ehemaligen Güterbahnhofs ist Eigentum der DB AG, die bei der Umstrukturierung des Geländes vor allem wirtschaftliche Interessen verfolgt. Michael Berninger und Toralf Zinner von der Stiftung Ecken weckten verwiesen in diesem Zusammenhang auf die herausragende Rolle bürgerschaftlichen Engagements. So wurde die Bürgerinitiative Bürgerbahnhof Plagwitz früh in die Planung der Gestaltung der Flächen eingebunden und letztlich mit der Planung einer Fläche von 8000 m² beauftragt. Diese Beteiligung der Bürger_innen können sich jedoch über Jahre ziehen und brauchen einen langen Atem, machten beide deutlich.

Die Exkursion war ein sehr gelungener, informationsreicher und genussvoller Einstieg in eine spannende Tagung.



Zu Gast bei Annalinde

Informationen zur Tagung, Mitschriften der Diskussionen und Bilder finden sich bei www.weiterdenken.de.



Informationen zu den anderen Tagungen und Themen der Reihe «Die Regenerative Stadt» finden sich bei www.boell.de.



Matthias Berninger stellt die Alte Gärtnerei der Initiative für Zeitgenössische Stadtentwicklung vor.

Demokratie

Asyl in Leipzig

Wie ein Initiativkreis sich gegen Rassismus und für gute Nachbarschaft einsetzt

Kathrin Hohmaier

Der Initiativkreis: Menschen.Würdig hat zusammen mit Weiterdenken eine Lesung mit den Herausgeber_innen des Sammelbandes «Kaltland – Eine Sammlung» organisiert. Kathrin Hohmaier schreibt hier über Gründung und Aktionen des Initiativkreises, in dem sie sich seit einiger Zeit engagiert.

Um eine völlig abgewohnte Unterkunft weit ab von jeder Infrastruktur zu schließen, entschied die Stadt Leipzig, Asylsuchende u.a. dezentral im Stadtteil Wahren unterzubringen. Daraufhin brachen im Mai 2012 zahlreiche Proteste von dort wohnenden Bürger_innen los, die uns unterstützen. Es zeigte sich reinster Rassismus, bei dem Anwohner_innen nicht nur ihre Vorurteile über die Lebensgewohnheiten vermeintlicher «Südländer» zum Besten gaben, sondern ebenso Angst um Frauen und Kinder und den Wertverlust des Eigenheims bekundeten. Anwohner_innen die eine andere Meinung vertraten, wurden eingeschüchtert und nicht gehört.

Spontan versammelten sich Menschen, die die mit Ressentiments und Vorurteilen geladene Stimmung in den Stadtvierteln ebenso bedrohlich und nicht akzeptabel fanden, im Initiativkreis: Menschen.Würdig. Es ging darum, das von der Stadt erarbeitete Konzept als eine erste Möglichkeit zu begrüßen, den Asylsuchenden aus der heruntergekommenen Unterkunft eine schnelle Verbesserung ihrer Wohnsituation zu bieten und den rassistischen Vorurteilen, die sich in vielen Gesprächen, Kommentaren und Medienbeiträgen Bann brachen, etwas entgegenzusetzen.

Wir sehen die freie Wahl von Ort und Wohnform weiterhin als einzige Möglichkeit für ein menschenwürdiges Wohnen: Ob jemand in einer Gemeinschaftsunterkunft oder in einer Wohnung leben möchte, soll jede_r selbst entscheiden dürfen.

Das Unterbringungskonzept der Stadt wurde verabschiedet und zumindest in Teilen umgesetzt. Trotzdem wird die marode Sammelunterkunft, die es eigentlich zu schließen galt, weiterhin genutzt, was der Initiativkreis im Frühjahr dieses Jahres in einem offenen Brief kritisierte.

Ein Jahr nach der schockierenden Debatte arbeitet der Initiativkreis: Menschen.

Open Air Kinovorstellung des Initiativekreis: Menschen.Würdig in Zusammenarbeit mit der Globale in Leipzig (Foto: Rosa Mareike Wiemann).



oben: Nationalistisches Souvenir und beliebte Auto-Dekoration - Aufkleber des Territoriums «Großungarn»
unten: Die Weiterdenken-Gruppe in Ungarn



Mutter, wie weit ist Vietnam?

Angelika Nguyen

Wir danken dem Rotbuch Verlag, der uns den Abdruck folgender Passage aus dem Buch «Kaltland» gestattet.

Wann fing das alles an? 1956, als meine Eltern einander in Hanoi kennenlernten? 1957, als meine Mutter strafweise in die DDR zurückgeschickt wurde? In meinem Geburtstag 1961?

1967, als mein Vater in den Vietnamkrieg ziehen musste? Oder 1968, als meine Mitschüler mich an meinem ersten Schultag in die Ecke drängten und in seltsamer Einigkeit als «Chinesen» auslachten? Was machen mit der täglichen schwitzenden Angst der langen Schuljahre? Angst vor einem falschen Wort, einem falschen Blick im Klassenraum, weil ich wusste, wann es wieder bei mir enden würde: mit dem Feixen der Mitschüler, den Bemerkungen, den Beleidigungen. Ganz falsch konnte auch eine Solidaritätsveranstaltung mit Vietnam in der Aula sein, und von denen gab es in meiner Schulzeit viele.

Während mein Vater in Hanoi stationiert war, kämpfte ich im befreundeten Bruderland an zwei Fronten: gegen die Kinder, die mich quälten, und gegen die Plakate, Parolen und Lieder, die ein Mitgefühl bezeugten, dem ich in meinem Alltag selten begegnet war. Zwischendurch war ich immer auch ein ganz normales Mitglied meiner Klasse, ein DDR-Kind. Pogrome können durchaus nur Minuten dauern. Dann wird weitergemacht, mit dem Spielen oder mit dem Unterricht. In Blankenburg im Harz rief man mich «Chinesenbaby», «Mischling» in Berlin, bei jedem Ostseeaurlaub gab es zum Essen im FDGB-Heim die starrenden Gruppenblicke von DDR-Kleinfamilien als Beilage, in einer Dresdner Straßenbahn die Konfrontation mit einem pöbelnden alten Mann, auf dem Schulhof ein paar Prügeleien und 1970 eine kleine Menschenjagd entlang der Linie 63 in Alt-Hohenschönhausen. Fehlende Normalität im Umgang mit Fremdem und eine Art, es kollektiv zu bestaunen, ist als DDR-Eigenart manchmal heute noch spürbar.

Es war Teil einer Mentalität, mit der hinter der territorialen Abriegelung traditionelles deutsches Misstrauen auf ganz eigene Weise gepflegt und stets an die Kinder weitergegeben wurde.

Beim Klassentreffen 2003 plauderte ich

freundlich mit Bernd K. und Karin T., als

wäre nie etwas gewesen. War ja auch nicht.

Jedenfalls nicht für sie. Nur ich erinnerte

mich noch einmal daran: als Karin mitten im Versteckspiel sagt, sie würde mit solchen wie mir nicht spielen wollen und als Bernd sich unvermittelt im Erdkundeunterricht über Asien zu mir umdreht, mich angrinst und seine Augen zu Schlitzen verzieht.

Es gab jedoch auch Beistand. Von Frau Fichte, meiner Sportlehrerin, die eine Pöbelrei gut heraushörte und deren Rüge argumentativ bis zu den Gaskammern der Nazis reichte, von fassungslosen Freunden und von meiner Mutter, die dann immer wie eine Löwin war. Aber auch das grenzte mich ja aus.

Ein Kind will vor allem so sein wie alle anderen. Es sucht seinen Schutz in der Gruppe. Den habe ich nicht bekommen. Täglich wurde ich daran erinnert, dass ich anders war. (...)

Der Mauerbau schuf eine besondere deutsche Provinz. Eine stark ausgeprägte Unkundigkeit seiner Bewohner in Weltdingen und Minderwertigkeitsgefühle waren die Folge. Fremdsprachenunterricht wurde entsprechend vernachlässigt. Nicht nur Russisch war verpönt, auch mit Englisch und Französisch konnte man nur wenig anfangen. Da war die höhnische Nachahmung fremder Sprachen nicht weit. Sching-Schang-Schong und hoch die internationale Solidarität. Parolen, Lieder und Gedichte können auch Sittengemälde sein. Von den Pionierliedern waren mir die, die demonstrativ mit den Kindern anderer Volker Freundschaft halten wollten, die lästigsten. Wenn dann im Chor erklang: «Ob nun seine Eltern Schwarze, Gelbe oder Weiße sind» oder «Ho, Ho, Ho Chi Minh», stand ich schwitzend dabei und mied die spöttischen Blicke meiner Mitschüler. Ich erkannte potentielle Angreifer immer gleich, dieses gute Einfühlungsvermögen brauchte ich zum sozialen Überleben. Körpersprache und Mimik sind wertvolle Vermittler. Allerdings konnte das zu Überreaktionen führen, und ich stieß auch schon mal harmlose Leute vor den Kopf. Es gab zugleich die Begeisterten, die mich gerade wegen meiner Andersartigkeit toll fanden, positive Diskriminierung nämlich, mit der umzugehen zwar ebenfalls schwierig, aber weitaus angenehmer war. Gegen Blicke bin ich empfindlich geblieben. Noch Jahrzehnte

später bin ich auf der Hut und übertrieben kämpfbereit. Es ist nicht leicht, zuzugeben, dass man gewisse Verletzungen davongebracht hat. Einen Dachschaden kann man reparieren, mit meiner Empfindlichkeit aber muss ich leben. Du weißt immer erst später, was das mit dir gemacht hat.

Ich beschwere mich nicht. Ich will nur etwas klarstellen. In der DDR hat es Rassismus und Fremdenfeindlichkeit gegeben, und die Pogrome, Überfälle und Morde im Osten nach dem Mauerfall haben mich keinen Augenblick lang gewundert.



Kaltland
Eine Sammlung

ROTBUCH

Die Brandanschläge in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen haben sich als Horrorszenarien eines neuen Rassismus nach der Wende in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt. Umso bemerkenswerter ist es, dass in den zahllosen Wenderomanen weder die Opfer eine klare Stimme erhalten noch die Neonazis und Skinheads eine Rolle spielen. Zwanzig Jahre danach füllt «Kaltland» diese Leerstelle mit Erzählungen, autobiographischen Geschichten und Originaltönen prominenter Autor_innen und Künstler_innen.

Erschienen im Rotbuch Verlag (2011)

QR-Code: Das mdr-Magazin «Hier ab Vier» berichtet über die Proteste gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in Leipzig-Wahren.

Internationale Arbeit

Eine Demokratie auf Abwegen?

Weiterdenken auf Bildungsreise in Ungarn im Juli 2013

Autorin und Mitreisende: Anne Winkel



Im Kulturzentrum «Müszi» finden alternative Künstler_innen Raum für ihre Projekte.
Im hauseigenen Indoor-Garten wird Bio-Gemüse gepflanzt.
unten: Blick von der Budaer Burg auf den Stadtteil Pest.

Ist die Demokratie in Ungarn auf Abwegen? Diese Frage ist besonders seit dem Regierungsantritt Viktor Orbáns vor drei Jahren ein populäres Thema in den internationalen Medien geworden. Die „konservative Revolution“ ist das erklärte Ziel der neuen Regierung, die dementsprechend ihr politisches Programm strukturiert. Durch den Beschluss einer neuen Verfassung mit Hilfe der Zweidrittelmehrheit im Parlament gelang der Koalition der konservativen Fidesz mit den Christdemokraten der KDNP eine Reihe von fundamentalen Gesetzesveränderungen.

Der von dieser Koalition propagierte ethnische Nationalismus sucht sich neue bis absonderliche historische Bezugspunkte. So bezieht sich bereits die Präambel der neuen Verfassung auf König Stefan, welcher Ungarn christianisierte und seine heilige Krone. Hinzu kommt ein populistischer EU-skeptischer Regierungskurs, weitreichender Austausch missliebigen Personals in öffentlichen Ämtern sowie eine fehlende Abgrenzung von der rechtsradikalen Jobbik-Partei,

wodurch international wie auch innerhalb Ungarns viele Bedenken zur Qualität der ungarischen Demokratie laut werden.

Trotz des Rechtsrucks gibt es in Ungarn rege zivilgesellschaftliche Akteur_innen, die sich in Kunst und Kultur oder im politischen Umfeld für ein demokratisches, tolerantes, vielfältiges Ungarn einsetzen. Mit Ihnen trat Weiterdenken mit einer interessierten und engagierten Reisegruppe in Kontakt, um dringend benötigte solidarische Unterstützung und Vernetzung zu initiieren.

Während einer fünftägigen Bildungsreise nach Budapest und ins Umland organisierte Weiterdenken deshalb die Möglichkeit, sich vor Ort eine eigene differenzierte Meinung über die Situation in Ungarn zu bilden und zusammen mit Vertreter_innen verschiedener Gesellschaftsgruppen ins Gespräch zu kommen und Kontakte auszutauschen. Dabei reichte das thematische Spektrum von Minderheiten-, Medien- und Kulturpolitik bis hin zu Kommunal-, Hochschul- und Gen-

derpolitik. Eine besonders gute Grundlage, um die Geschichte des Landes und den Umgang mit ihr zu verstehen, bildete ein Stadtrundgang mit Historiker Krisztian Ungváry, welcher zahlreiche Denkmäler und deren Bedeutung erklärte und auch eine Einführung in die erinnerungspolitische Deutung der Auftragsgemälde für die Feier der neuen Verfassung gab.

Dieser Deutungsrahmen half auch beim Besuch der Dauerausstellung im House of Terror, welche die Diktatur der faschistischen Pfeilkreuzler und die Ära des Kommunismus aus einer äußerst selektiven Perspektive darstellt.

Durch ein Podiumsgespräch mit Journalist_innen verschiedener Zeitungen wurde außerdem die Situation der Pressefreiheit zu einem grundlegenden Thema. Dabei zeichneten die Gesprächspartner_innen zwar kein Bild von einer komplett zensierten Medienlandschaft. Dennoch bedeuten die starke Reglementierung des Medienviertels und des Nachrichtenvertriebs sowie die Machtzentrale wichtiger Kontroll- und Entscheidungsgremien in wenigen Händen regierungstreuer Akteur_innen einen schmerhaften Einschnitt in die Unabhängigkeit der Medien und deren Potenzial, eine kritische Leser_innenschaft zu bedienen.

Hinsichtlich der Bestätigung vieler Befürchtungen, was die Spaltung der Parteienschaft, den Politikverdruss eines großen Teils der Bevölkerung und die deutliche Zentralisierung des Landes anbelangt, erwies sich der Besuch beim soziokulturellen Begegnungszentrum Müszi allerdings als wahrer Lichtblick. Hier organisieren sich junge Menschen auf unkonventionelle Weise und bieten Raum für zahlreiche junge und kritische Kunst- und Kulturprojekte.

Ein ausführlicher Blog zum Reiseverlauf und allen Zwischenstationen findet sich unter www.weiterdenkenungarn2013.wordpress.com



Geschlechterdemokratie

Liberté, Egalité, Parité?

Möglichkeiten einer kommunalen Gleichstellungsrevolution

Kathrin Bastet

Jede Kommunalwahl das Gleiche: Männer dominieren die Parteilisten und später die Politik. Wird das kritisch hinterfragt, folgt das Lamento über die politisch unwilligen Frauen und die routinierte Ratlosigkeit, was zu ändern wäre. Gängiger Weise wird nun auf die vielen Maßnahmen verwiesen, die es laut vieler Untersuchungen braucht, um Frauen den Weg zu politischem Engagement und möglichen Mandaten zu ebnen: bessere Kinderbetreuung, Mentoring-Programme, mehr Angebote zur politikpraktischen Weiterbildung, gezieltere Ansprache und Förderinitiativen durch die Parteien und so weiter und so fort. Und ja: diese Maßnahmen sind wichtig und müssen angegangen werden. Aber wie lange wollen wir noch warten auf umfassende Strukturänderungen, auf den guten Willen aller politisch Aktiven, auf das freiwillige Auflösen männlicher Seilschaften, auf selbstbewusstere Frauen, die sich ins Haifischbecken Politik wagen? Die Unterrepräsentanz von Frauen, besonders auf der kommunalpolitischen Ebene, ist heute schon schlicht peinlich für die deutsche Demokratie.

Aber die gute Nachricht lautet: Es gibt bereits ein erprobtes und vor allem schnell wirkendes Mittel für mehr Frauen in der Politik. Man muss es nur einsetzen (wollen).

In Frankreich wurde bereits im Jahr 2000 das Gesetz über den gleichen Zugang von Frauen und Männern zu Wahlmandaten und auf Wahl beruhenden Ämtern verabschiedet. In dem französischen Paritätsgesetz ist festgeschrieben, dass alle Kandidat_innenlisten der Parteien paritätisch besetzt sein müssen und zusätzlich auch bei Direktkandidat_innen von Parteien, die in mehr als 50 Wahlkreisen antreten, maximal ein Unterschied von 2 % bestehen darf. Das

Gesetz findet sowohl bei Europawahlen, als auch bei Wahlen zu der Nationalversammlung genauso wie bei einem Teil der Senatswahlen Anwendung. Darüber hinaus gilt es auch für Regionalwahlen und Kommunalwahlen in Gemeinden mit mehr als 3.500 Einwohner_innen.¹

D.h. bei den Kommunalwahlen gilt für Parteien: 50% Frauen auf die Liste und zwar auf die oberen Plätze! Das Gesetz führt zu einer sprunghaften Erhöhung des Frauenanteils in den Kommunalparlamenten. Allerdings: Im Nationalparlament führt die Einführung der Regelung nur zu einem Anstieg des Frauenanteils von 18% auf mittlerweile 27%. (Auf diesem niedrigen Niveau vergleichbar mit 33% Frauenanteil im Deutschen Bundestag). Der Grund liegt in den gesetzlich vorgesehenen Sanktionsmöglichkeiten gegenüber den Parteien: Stellt eine Partei nicht-paritätisch besetzte Listen vor, kann sie von der Wahl ausgeschlossen werden oder aber sie muss Strafzahlungen leisten. Ein Schlupfloch, das von finanzierten Parteien gerne genutzt wird. So zählen bisher die konservative UMP wie auch die Sozialisten lieber Millionenstrafen, anstatt sich um paritätisch besetzte Wahllisten für die Parlamentswahlen zu bemühen.² Ergo, das Gesetz ist nicht perfekt und hat seine Schwächen. Es zeigt in der Praxis aber deutlich, wie schnell Veränderungen - zumindest

¹ Gutachten der Rechtsanwält_innen Gaßner, Neuß, Viezens: «Verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer zwingenden paritätischen Besetzung von Wahllisten im Kommunalwahlrecht Baden-Württemberg», 27.4.2012

² DLF, Margit Hillmann: Frauen im Hintertreffen. Die Politik in Frankreich ist eine Männerdomäne, <http://www.dradio.de/dlf/sendungen/europaheute/576295/>

auf kommunaler Ebene - erreicht werden können.

Auch in Deutschland mehren sich die Initiativen, das kommunale Wahlrecht entsprechend zu verändern. Der Gegenwind ist hart: die Freiheit und Gleichheit der Wahl würde eingeschränkt, die (Organisations-) Freiheit der Parteien unterlaufen und der Gleichheitssatz beeinträchtigt. Kurzum, das Parité-Gesetz sei schlicht nicht verfassungskonform. Mehrere Gutachten vertreten aber inzwischen gegenteilige Ansichten und halten das Parité-Gesetz für durchsetzbar.

Baden-Württemberg hat nun den Anfang gemacht, freilich nicht ohne Druck und intensiver «diplomatischer» Vorarbeit engagierter Frauen³. Am 11. April 2013 verabschiedete der Landtag Baden-Württemberg als erstes Bundesland: «Männer und Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags berücksichtigt werden. Dies kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden.» Noch gibt es also hier eine «Kann»- und «Soll»-Bestimmung, aber immerhin, diese Regelung ist ein Novum, hat zahlreiche Debatten befeuert und wird hoffentlich weitere Türen öffnen. Vielleicht zieht ja auch bald Sachsen mit entsprechenden Initiativen nach? So absurd es 2013 klingt, aber wäre es nicht langsam angemessen, wenn zumindest auf kommunaler Ebene die Hälfte der politischen Macht fair zwischen Frauen und Männern verteilt wäre? Das Parité-Gesetz kann dafür die Grundlagen schaffen.

³ Treibende Kraft war die Kampagne: www.halbe-kraft-reicht-nicht.de/

Projektpartner

Fair Play

Das Fanprojekt Zwickau

Michael Voigt

Das Fanprojekt Zwickau e.V. wurde bereits im Jahr 1997 gegründet. Anlass waren regelmäßige gewalttätige Auseinandersetzungen rund um die Spiele des FSV Zwickau e.V. Das Fanprojekt gestaltet und verbесsert durch soziopädagogische Ansätze im Bereich der offenen Jugendarbeit die Bedingungen im Umfeld von Fußballspielen. Dabei konzentrieren wir uns auf folgende Schwerpunkte: Wir sind Ansprechpartner für alle Fans des FSV Zwickau e.V., die Hilfe bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme benötigen. Speziell bei der Einzelbetreuung von Jugendlichen ist es uns möglich, auf Schwierigkeiten, die in der Schule, an der Universität oder im Elternhaus auftreten, einzugehen.

Wir veranstalten u. a. Fußballturniere für aktive Fanklubs in der Halle und im Freien, das wöchentliche Fußballtraining, ein Familien-Bowlingturnier, sowie die regelmäßige Durchführung von «Plauderstunden» mit Spielern, Trainern, Vereinsverantwortlichen und ehemaligen Aktiven.

Vor- und nachbrisanten Spielen führen wir Gesprächsrunden durch, um Sachlichkeit in mögliche verbale Auseinandersetzungen zu bringen. Vor Heimspielen des FSV Zwickau e.V. bieten wir in unseren Räumlichkeiten ein Frühstück an. Nach dem Spiel besteht noch die Möglichkeit besteht, den Tag im Fanprojekt ausklingen zu lassen.

Des Weiteren finden kulturelle Angebote im Fanprojekt statt. Beispielsweise bieten wir Bildungsveranstaltungen in Zusammen-

arbeit mit Weiterdenken- Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen an, die gerne von Jugendlichen angenommen werden. Thematisch werden gesellschaftspolitische Probleme wie Gewalt, Rassismus oder Homophobie berührt. Nach solchen Veranstaltungen finden rege Diskussionen mit den jugendlichen Fußballfans statt, die sich in ihrer Freizeit somit mit wichtigen Problemen wie dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Für uns als Fanprojekt sind diese Diskussionen ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Im Rahmen der Antirassismusarbeit besuchten wir bereits zweimal mit jugendlichen Fußballfans das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz- Birkenau, was bei allen Teilnehmern bleibenden Eindruck hinterlassen hat. Da wir die einzige Institution sind, die Zugang zu fussballaffinen Jugendlichen besitzt, ist eine weitere Unterstützung und somit Professionalisierung unserer Arbeit wie durch die Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen wünschenswert.

Als selbstverständlich gilt darüber hinaus die Begleitung und Betreuung der Anhänger zu allen Spielen des FSV Zwickau e.V. sowie die dazugehörige Zusammenarbeit mit allen fußballrelevanten Institutionen ebenso wie das Engagement für eine diskriminierungsfreie Fankultur.

Fanprojekt Zwickau e.V.
Äußere Plauensche Straße 18
08056 Zwickau

Fanprojekt Zwickau e.V.



In Kooperation mit Weiterdenken zeigte das Zwickauer Fanprojekt die Ausstellung «Vorurteile machen blind» in seinen Räumen und lud Gerd Dembowski ein, der mit einer sehr besonderen Lesung unter dem Titel «FUSSBALL VS. HOBO» die Ausstellung eröffnete. Seine spielerischen Kurzgeschichten um Nationalismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie reichert er um Erfahrungen als Wanderer in den USA an und puzzelt seine Texte in ein liebevolles Chaos aus Kinderinstrumenten und eigenem Riot-Folk-Gesang. Als Arbeiterkind von Spätaussiedlern aus dem polnischen Gzycko studierte Gerd Dembowski Sozialwissenschaften und Pädagogik in Duisburg. Dort fand der damalige Vereinsfußballer seinen Weg in die gesellschaftswissenschaftlichen Analysen des Fußballs. Seit September 2012 arbeitet Dembowski für die Kompetenzgruppe Fankulturen und Sport bezogene Soziale Arbeit am Institut für Sportwissenschaft der Leibniz Universität Hannover.

Mehr: www.gerd-dembowski.de

Selbstbildnis Gerd Dembowski, der zu jeder seiner Tätowierungen eine Geschichte zu erzählen weiß.



zentrales feministisches Anliegen: Eine Debatte über den alltäglichen Sexismus in Deutschland. Anne Wizorek hatte mitten in der Nacht den Hashtag #Aufschrei vorgeschlagen, als eine twitter-Freundin von ihr, Nicole von Horst, mehrere persönliche Erlebnisse in kurzen tweets mit ihren Follower teilt. Anne hatte die Idee, solche Geschichten unter dem Hashtag #Aufschrei zu sammeln und bereits am nächsten Morgen, als sie wieder aufwachte, war die Sache ein Selbstdäufer. Mehrere Zehntausend solcher Geschichten wurden seit diesem Tag im Januar 2013 von Frauen (und auch ein paar Männern) getwittert und sie haben eine irrsinnige normative Kraft entfaltet.

Viele Männer bekundeten, dass ihnen vor #Aufschrei nicht klar gewesen sei, welches Ausmaß der alltägliche Sexismus in Deutschland habe. Viele Frauen machten zum ersten Mal in ihrem Leben die Erfahrung, dass sie nicht alleine dastanden mit ihrer Scham, dass es nicht ihre Schuld war. Und aus diesem Feedback, dieser Erkenntnis zogen sie eine neue, nie bekannte Kraft. Das Teilen der Geschichten war eine Befreiung für viele und auch wenn diese kollektive Erfahrung weitestgehend auf das soziale Web-Medium twitter beschränkt blieb, mehrere Hunderttausend Menschen teilten es miteinander.

was können die Teilnehmer_innen vom Workshop im September erwarten?
Mir ist es wichtig kein reines Frontalprogramm zu gestalten, sondern miteinander ins Gespräch zu kommen. Deswegen möchte ich nach einem kleinen Input, der einen Überblick über das, was war bietet, eine Debatte über das «Wo wollen wir jetzt hin» anregen. Der Feminismus im Netz hat sich vielen Widrigkeiten zum Trotz als eine starke und nicht mehr wegzudenkende Playerin erwiesen. Angela Robbie sprach von einem „feministischen Frühling“. Mich interessiert, wie die Teilnehmerinnen diese Diagnose sehen. Kommt von den feministischen Aktivitäten im Netz bei ihnen überhaupt etwas an? Sehen sie Hürden, sich selbst dort zu beteiligen? Haben sie Wünsche und Ideen für die Zukunft?

Katrin Röncke kann man bspw. hier:
www.fraulila.de lesen und hier hören.



Eine aktuelle Studie zu feministischer Netzpolitik hat das feministische Gunda-Werner-Institut der Heinrich-Böll-Stiftung herausgebracht:



Feministische Zwischenrufe



Nicht Marx, nicht Ataturk und auch nicht Allah

Türkische Protestierende

Ulrike Dufner

Wenn wir heute einen vorsichtigen ersten analytischen Blick auf die Ereignisse in der Türkei wagen, dann scheint Folgendes sehr deutlich zum Vorschein zu treten: An den Protestaktionen der letzten Zeit nehmen zu einem überwiegenden Teil junge Menschen teil, die mit den Angeboten der dominanten politischen Strömungen nichts anfangen können. Denn die türkischen Parteien und die ihnen nahestehenden zivilgesellschaftlichen Organisationen – egal, ob AKP, die CHP oder links-radikale Parteien – haben eines gemeinsam: sie alle haben straffe Strukturen mit Fahnen- und Führerkult und einem autoritär-elitären Verhältnis zur Gesellschaft. Genau dagegen gehen die Protestierenden auf die Straßen. Dass sich der Protest auf einen Protest gegen Erdogan zusetzt, liegt an dessen Rolle in der Regierung und seinem autoritären Auftreten. Aber auch jemand wie Kemal Kılıçdaroğlu, Vorsitzender der oppositionellen CHP oder Führer anderer Parteien genießen bei den Protestierenden keine Sympathie. Und das ist gut so.

Denn kaum eine politische Strömung in der Türkei hat es bisher geschafft, sich von ihrem autoritätsgläubigen Verständnis von Politik und Gesellschaft zu befreien. Dieser Autoritätsglaube durchzieht nicht nur die politischen Parteien und den Großteil der zivilgesellschaftlichen Organisationen, sondern auch die Medienlandschaft. Dergestalt, dass wir hier im Land ständig von sogenannten «Diskussionssendungen» berieselten werden, in denen die «Meinungsführer» uns sagen, was wir zu denken haben. Oder in Gestalt von Zeitungen, deren Kolumnist/innen uns das Denken abnehmen und uns den Weg weisen sollen.

Dass die Medien auch nach zehn Tagen Protest auf den Straßen noch immer nichts begriffen haben, zeigt das zum Gähnen langweilige aktuelle Programm der großen Fernsehkanäle wie NTV oder CNN Türk. Anstatt die Protestierenden zu Wort kommen zu lassen, werden nach wie vor nur Diskussionssendungen ausgestrahlt, in denen die Eltern oder Großeltern der Protestierenden ihre «weisen» Interpretationen der Lage der Dinge abgeben.

Bescheidenheit gehört nicht wirklich zum Repertoire dieser »Experten« für gesellschaftspolitische Prozesse. Sonst wäre es jetzt für sie an der Zeit, sich das eigene Scheitern einzustehen. Denn keiner/r von ihnen hatte auch nur eine vage Vorstellung von den Wirkungen der jahrzehntelangen Politik der vergangenen Regierungen – und damit ist explizit nicht nur die AKP-Regierung gemeint. Die Proteste sollten eigentlich allen – auch den zivilgesellschaftlichen Organisationen – einen Denkzettel verpasst haben. Denn auch dort herrscht ein Führungs- und Personenkult, der an alte sozialistische Traditionen ihrer Gründungsväter erinnert. Junge Generationen sind dort kaum vertreten. Diese Abwesenheit junger Menschen wurde bisher immer auf die «unpolitische» Jugend geschoben, die sich nur für Mode, Konsum und neue Technologien interessiert, anstatt Konferenzen zu besuchen. Auf die Idee, sich selbst kritisch zu hinterfragen, kam bisher kaum jemand. Stattdessen sind insbesondere die linksra-

dikalen Parteien mit ihren Interpretationen der Realität nicht weniger weit entfernt von den realen Geschehnissen als Ministerpräsident Erdogan. Das zeigt sich daran, dass einige derzeit davon träumen, eine kurz bevorstehende Revolution anzuführen. Viele der Journalist/innen und Kommentator/innen treten stattdessen erneut in die Falle gewohnter Denkweisen: Wer auf der Demonstration einen Helm trägt, wird von ihnen als gewaltbereit eingestuft. Dass viele der Jugendlichen nach den ersten Polizeiausschreitungen schlicht Angst vor Gewalt haben, kommt ihnen gar nicht in den Sinn. Selbst die Wohlmeinenden versuchen schon wieder, die Protestierenden in «gut» und «böse» aufzuteilen: Man ist entzückt von ihrer Kreativität, hat aber wenig Verständnis für die sich auf den Straßen entladende Wut. Diese Wut wird aber gerade durch das ignorante und elitärr-argente Auftreten der Intellektuellen täglich neu genährt.

Hoffnungsschimmer in der Parteidlandschaft

Wer die Protestierenden in Istanbul besucht, für den wird schnell sinnlich begreifbar, wie groß der gesellschaftliche Riss ist, der sich durch die türkische Gesellschaft zieht. Auf dem Taxim-Platz hat jede noch so kleine linke Splitterpartei riesengroße Fahnen gehisst, nur: Es fehlen die Unterstützer_innen. Die Protestierenden hingegen sind auf dem direkt angrenzenden Gezi-Park zu finden. Sie haben sich dort eine eigene Bibliothek, einen Bio-Garten und vieles mehr aufgebaut und übernachten in ihren Zelten. Frauen- und LGBTI-Gruppen diskutieren gemeinsam mit den anderen Protestierenden darüber, welche Slogans beispielsweise aufgrund von Sexismus besser nicht verwendet werden oder gar von den Häuserwänden entfernt werden sollten.

Zwei parteipolitische Strömungen geben derweil Anlass zur Hoffnung, die Spaltung überbrücken zu können: die pro-kurdische BDP und die «Grünen/linke Zukunftspartei». Letztere verzichtet darauf, die Protestbewegung vereinahmen zu wollen. Sie ist vielmehr Teil dieser Bewegung – im Gegensatz zu den meisten anderen Parteien stellen ihre Mitglieder einen großen Teil der Protestierenden. Die pro-kurdische BDP ist in einer schwierigen Position, da für sie der gerade begonnene Verhandlungsprozess zwischen AKP und PKK von herausragender Bedeutung ist. Dennoch hat sie auf ihrem Kongress für Demokratie und Frieden, der rund zehn Tage vor Beginn der Proteste in Ankara durchgeführt wurde, ihre Offenheit für die Belange ganz unterschiedlicher Kreise der Gesellschaft bewiesen. Der Titel der Konferenz «Demokratie und Frieden» und die Durchführung der Konferenz waren in dieser Hinsicht überzeugend: In drei Arbeitsgruppen mit jeweils mehr als hundert Teilnehmenden konnte nicht nur jede/r zu Wort kommen, die sehr unterschiedlichen Forderungen wurden alle auch in den Abschlussbericht der Arbeitsgruppen aufgenommen.

Will eine Partei an Wahlen teilnehmen können, muss sie allerdings in der Hälfte aller Provinzen – also insgesamt 41 – organisiert sein. Diese unglaublich große Hürde

macht es insbesondere der grün-linken Zukunftspartei schwer, zu mehr öffentlicher Aufmerksamkeit zu kommen. Die BDP wiederum wird als reine pro-kurdische Partei wahrgenommen und kann insofern nur schwer in nicht-kurdischen Kreisen Fuß fassen. Ebenso gilt sie als politischer Arm der PKK und trifft allein deshalb schon auf Vorbehalt in den nicht-kurdischen Gebieten. Trotz alledem: Auf lange Sicht dürften diese beiden Strömungen politisch die gegenwärtigen autoritätsfixierten Kräfte an Bedeutung überholen.



Dr. Ulrike Dufner war wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen (1996-2002) sowie Mitarbeiterin im Auswärtigen Amt, Türkei-Referat bzw. Referat für Südkaukasus, Zentralasien (2002-Ende 2003). Seit 2004 ist sie Leiterin des Türkeibüros der Heinrich-Böll-Stiftung in Istanbul. Hier analysiert und kommentiert sie die aktuellen Protestbewegungen und die politischen, medialen und gesellschaftlichen Reaktionen.

QR-Code: Read more: «Perspectives - Political analysis and commentary from Turkey»



oben: Plakate gegen die Gewalt bei der Räumung des Gezi-Parks in Istanbul, Foto: Bündnis 90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen
Mitte: Gasmaske - während des Polizeieinsatzes im Gezi-Park am 15. Juni 2013, Foto: mburaku über flickr
Unten: Demonstrierende im Gezi-Park, Foto: Jürgen Klute/signaturen über flickr



Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk. Wir arbeiten mit 160 Projektpartner_innen in über 60 Ländern zusammen und unterhalten derzeit Büros in 29 Ländern. Unsere Kolleg_innen in den Auslandsbüros arbeiten zu unterschiedlichen Schwerpunkten, immer mit dem Ziel vor Ort demokratische, zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken. Hier schreiben unsere Kolleg_innen Kommentare zur politischen Situation ihrer jeweiligen Einsatzorte.



Foto: Ngoc Huyen Vu Thi

Was kostet die Welt?

Die Ökonomisierung der Gesellschaft Öffentliche Vorlesungsreihe im Wintersemester

von Ngoc Huyen Vu Thi und Prof. Dr. Mark Arenhövel

Altbekannte und allseits akzeptierte Volksweisheiten wie «Geld regiert die Welt», «Alles ist käuflich» oder «Geld ist Macht» drücken das aus, was schon seit langer Zeit in der Gesellschaft zu beobachten ist: Marktwirtschaftliche Prinzipien und Mechanismen breiten sich immer mehr auf andere Lebensbereiche aus. Im Vordergrund steht ein nicht mehr hinterfragter, rein ökonomisch definierter Nutzen, während grundlegende Fragen, wie etwa die, wie wir gemeinsam miteinander leben wollen und welchen Wert die Dinge eigentlich haben, die wir produzieren, kaufen und schätzen, kaum noch öffentlich thematisiert werden. Dieses Phänomen trägt den Namen «Ökonomisierung».

Von Oktober 2013 bis Januar 2014 werden sich der Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte an der TU Dresden, das Staatsschauspiel Dresden und Weiterdenken in einer gemeinsamen Vortragsreihe mit diesem Phänomen beschäftigen. In den einzelnen Veranstaltungen wollen wir erkunden, auf welche Lebensbereiche sich diese Tendenz mittlerweile ausgeweitet hat und ob es Kräfte und Bewegungen gibt, dieser Entwicklung entgegenzuarbeiten.

Dabei wollen wir uns gesellschaftlichen Aspekten zuwenden - wie beispielsweise der Ökonomisierung von Bildung und Kunst, der marktförmigen Demokratie und der Privatisierung und Ausbeutung von öffentlichen Gütern -, aber auch einen Blick auf die individuelle Sphäre wie etwa die Modellierung des Selbst als Ich-AG, und die Ökonomisierung von Sex und Vermarktung von Gesundheit werfen.

Gäste werden unter anderen Prof. Birgit Sauer von der Uni Wien zu «Money, Sex and Power», Jutta Kill vom World Rainforest Movement zu Biodiversität als Handelsware und die Soziologin Denise Ackermann zu Kunst im Öffentlichen Raum sein.

Friedericke Hardering von der Goethe-Universität, Frankfurt am Main spricht zu «Ökonomisierung des Selbst - Subjektformen und Eigensinn», Alexander Brand zur globalen Konkurrenz von Staaten auf dem Weltmarkt. Erika Feyerabend analysiert das Geschäft mit der Pränataldiagnostik, Prof. Mark Arenhövel diskutiert unter dem Titel «Geld oder Leben?» den Kapitalismus im Film.

Zum Abschluss diskutieren Kurt Hübner und

Gerhard Schick die Konsequenzen aus den Krisen der letzten Jahre für die ökonomische Betrachtung der Welt.

Als Leitmotiv gilt dabei zu befragen, wie tief die marktkonformen Prinzipien in das kollektive und individuelle Denken und Handeln eindringen und welche Auswirkungen sie auf das Individuum, auf demokratische Systeme und öffentliche Institutionen haben.

Die Reihe findet im Kleinen Haus des Staatsschauspiel Dresden statt, ist kostenlos und öffentlich. Studierende können Credits erwerben. Das Stück «Vom Wandel der Wörter - ein Deutschlandbericht» von Ingo Schulze wird im Rahmen der Reihe vergünstigt zu sehen sein. Details finden sich ab September 2013 auf www.weiterdenken.de.

Dort finden sich auch die Dokumentationen zu den bisherigen vier gemeinsamen Vorlesungsreihen zwischen Theater, Stiftung und Uni: «Kapitalismus heute - und morgen?» (2010/11), «GERECHT.» (2011), «Alle inklusive? Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft» (2012) und «Open-Up! Politisch kommunizieren zwischen Talkshow, Tweet und Theater» (2012/13).

Ausstellungen

Weiterdenken hat mehrere Ausstellungen im Bestand, die wir kostenlos an gemeinnützige Einrichtungen in Sachsen verleihen. Die Kooperationspartner_innen sollen für den Transport und den Auf- und Abbau sorgen und die Ausstellungen so versichern, dass bei Verlust oder Beschädigung problemlos Ersatz angeschafft werden kann.

Für die meisten Ausstellungen haben wir ein Stellsystem, dass wir grundsätzlich mit anbieten können. Die Verfügbarkeit von Ausstellungen und Stellsystem kann bei uns telefonisch oder per eMail erfragt werden.

Wir wünschen uns, dass während der Präsentation der Ausstellungen durch die Kooperationspartner_innen gemeinsam mit uns Begleitveranstaltungen angeboten werden. Dazu können wir fertige Veranstaltungsbasteine, Ideen, Trainer_innen oder Referierende anbieten und im begrenzten Umfang auch finanzielle Ressourcen bereitstellen.

Details und Kontakt zu allen Ausstellungen unter www.weiterdenken.de

«Vorurteile machen blind»

Das Vorgehen gegen rechte Vorurteile ist oft schwierig, denn wie schon Albert Einstein feststellte: «Es ist leichter, einen Atomkern zu spalten, als ein Vorurteil.» Hier setzt die Wanderausstellung «Vorurteile machen blind» an. Gezielt werden populäre rechtliche Vorurteile aufgegriffen, analysiert und widerlegt. Neben einer Einführung in die Entstehung und Wirkungsweise von Vorurteilen werden Beispiele aus Themengebieten wie Antisemitismus, Rassismus und Wohlstandschauvinismus behandelt.

Die Ausstellung bietet eine Fülle von Informationen und stichhaltigen Argumenten, um sich gegen rechte Vorurteile und ihre diskriminierenden Botschaften zur Wehr setzen zu können.

Begleitend zur Ausstellung bietet Weiterdenken einen Workshop an, der sich primär an Multiplikator_innen aus der Bildungsarbeit wendet. Ebenso ist es möglich, gemeinsam Lesungen oder Vorträge zu den Themen der Ausstellung zu organisieren.

«Heinrich Böll - Leben und Werk»

Heinrich Böll, war im neuen, demokratisch geläuterten Deutschland auch eine moralische Instanz. Er war es nicht mit erhobenem Zeigefinger, sondern eher mit erhobenem Spiegel, ein "Prediger mit clownesken Zügen", wie ihn Marcel Reich-Ranicki einmal charakterisiert hat. Gerade weil er unbekannt und streitbar war, hat er einen unbeschreibbaren Beitrag geleistet, das Vertrauen der europäischen Nachbarn in die damals noch junge deutsche Demokratie zu erwerben und zu festigen. Deshalb war Böll auf seine ganz eigene Weise auch der deutsche Dichter, der Deutschland mit hineingeführt hat - in die Gemeinschaft der freien Völker - also auch die Europäische Gemeinschaft. Auf 42 reich bebilderten Tafeln entsteht ein Kaleidoskop über den Literatur-Nobelpreisträger und einen der Großen der deutschen Literatur nach dem Zweiten Weltkrieg, den Verteidiger der Menschenrechte und den Streiter für Versöhnung und Frieden. Diese Ausstellung hält die Erinnerung an den Dichter und Menschen Heinrich Böll wach. Sie bietet aber auch jüngeren Menschen eine gute Gelegenheit der Information über die Hintergründe seiner Literatur.

«Auf dem Dienstwege...»

Dokumente zur Erfassung, Ausgrenzung und Deportation der Leipziger Sinti und Roma im Nationalsozialismus. Die Ausstellung zeigt erstmalig Dokumente der rassistisch motivierten Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung der Sinti und Roma in Leipzig. Sie geschah schrittweise und öffentlich. Die Erfassung erfolgte in enger Zusammenarbeit zwischen Polizei und Forschung - dem damaligen "Institut für Rassen und Völkerkunde" der Leipziger Universität. Nach der Erfassung durften die Aufenthaltsorte nicht mehr verlassen werden, die Kleidung musste mit einem "Z" gekennzeichnet werden. Auf den Entzug der Wohnungen und Arbeitsmöglichkeiten folgten Internierungen. Von dort aus wurden die Sinti und Roma später ins KZ bzw. direkt in die Vernichtungslager deportiert. Die massenhafte Beteiligung am Völkermord fand seine Wege über die Gewohnheiten alltäglicher Pflichterfüllung. Denunziationen wurden als "Anfragen" oder "Beschwerden" deklariert. Das Vokabular der "Sachbearbeitung" bezeichnete Verwaltungsakte zur Deportation in Vernichtungslager. Die Bereitschaft dazu entstand weder plötzlich noch nahtlos. Sie erwuchs aus vielen Entscheidungen und diese wurden nicht unablässig mit rassistischen Schlagworten kommentiert. Die Ungeheuerlichkeiten offenbaren sich heute in den kleinen Schritten.

«Unterschiede, die einen Unterschied machen» - Eine Ausstellung des Antidiskriminierungsbüros in Leipzig

Ein Bewerber wird abgelehnt weil er Schwarz ist. Einem lesbischen Paar wird ein gemeinsames Bankkonto verweigert. Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden nur in Einzelfällen in die Regelschulen integriert. Bereits diese drei Beispiele verdeutlichen: Diskriminierung ist eine gesellschaftliche Realität.

Mit dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) ist zwar 2006 ein weitgehendes Diskriminierungsverbot gesetzlich differenzierter berichtet. Und doch: von einer breiten Kultur der Gleichbehandlung sind wir noch immer weit entfernt.

Die Ausstellung des Antidiskriminierungsbüros in Leipzig wird eine Brücke zwischen Fachwelt und breiter Öffentlichkeit geschlagen, indem sie die mitunter komplexen Inhalte und Debatten erlebnisnah und anschaulich aufbereitet. Ein wesentlicher Zugang dafür sind persönliche Berichte und konkrete Beispiele. Weiterdenken ist Kooperationspartnerin der Ausstellung und unterstützt die Gestaltung des Rahmenprogramms bei den lokalen Präsentationen.

Die Ausstellung wandert durch verschiedene sächsische Orte, weitere Informationen zur Ausleihe können Sie über das Antidiskriminierungsbüro erfahren: ausstellung@adb-sachsen.de.



Martha Nussbaum
(untere Reihe)
Plastische Arbeit: Simone Schulz
Wissenschaftliche Begleitung:
Prof. Mark Arenhövel

Theodor W. Adorno
(obere Reihe, links)
Plastische Arbeit: Elisabeth Trobisch
Wissenschaftliche Begleitung:
Prof. Anja Besand

Aristoteles
(obere Reihe, Mitte)
Plastische Arbeit: Zhang Canran
Wissenschaftliche Begleitung:
Christoph Meiβelbach

Niccolò Machiavelli
(obere Reihe, rechts)
Plastische Arbeit: Hannah Schmider
Wissenschaftliche Begleitung:
Prof. Mark Arenhövel

Elinor Ostrom
(mittlere Reihe, links)
Plastische Arbeit: Lisa Palesche
Wissenschaftliche Begleitung:
Patrick Mello

Michel Foucault
(mittlere Reihe, rechts)
Plastische Arbeit: Eva Ravasz
Wissenschaftliche Begleitung:
Stefan Dreischer & Katharina Kern

unten: Begrüßung zur Eröffnung im Institut für Politikwissenschaften in Dresden am 16. Mai 2013.



Köpfe? Köpfe!

Studierende arbeiten hochschulübergreifend zusammen

Im Projekt «Politische Köpfe» arbeiten Studierende und Mitarbeitende der HfBK Dresden (Abteilung Theaterplastik) und der TU Dresden (Institut für Politikwissenschaft) gemeinsam an der Konzeption und Gestaltung von möglichst anschaulichen Portraits politischer Denker_innen. Die Studierenden und Mitarbeitenden des Instituts für Politikwissenschaft entwickeln zunächst möglichst plastische Erzählungen über verschiedene politische Denkerinnen und Denker und versuchen einen angemessenen und trotz allem kompakten Überblick über deren Denken und Schaffen zu vermitteln. Auf dieser Grundlage und mit dieser Hilfe sind die Studierenden der HfBK gehalten, diese Informationen in plastischen Büsten konkret werden zu lassen.

FSJ Politik

Weiterdenken wurde 2009/10 das erste Mal Einsatzstelle für das «Freiwillige Soziale Jahr Politik». In der grünnahen Stiftung bekommt man dabei Kontakt mit den verschiedensten politischen Themen, Vereinen, Initiativen und Politiker_innen und kann die ideellen Ziele genauso wie das Handwerkszeug unserer Arbeit kennenlernen. Dies kann der politischen wie auch der beruflichen Orientierung dienen. Bei Weiterdenken haben die Freiwilligen eigene Aufgabenbereiche in der Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung bei der Veranstaltungsorganisation und Veranstaltungsbegleitung, sollen aber möglichst auch ein eigenes Projekt entwickeln und betreuen.

Bewerben muss man sich jeweils vom 15. März bis 15. Mai bei der Sächsischen Jugendstiftung und bei Weiterdenken. Besonders freuen wir uns über Interessierte mit einem eigenen thematischen Schwerpunkt sowie mit einem ersten Studienabschluss.

Lina Gause aus dem Wendland hat uns als «FSJ-lerin» nun ein Jahr lang unterstützt. Wir verabschieden uns von ihr...

...und heißen Elias Gerling als neuen «Weiterdenker» willkommen.

Impressum

Weiterdenken ist eine Einrichtung der politischen Bildung für Erwachsene in Sachsen. Neben eigenen Projekten sind wir Kooperationspartner für viele Vereine, Verbände, Hochschulen und Institutionen in Sachsen. Weiterdenken arbeitet seit 1992.

Wir wünschen uns, dass aus den Kooperationen nicht nur Anregung, Wissen und Kompetenz erwachsen, sondern auch Ermutigung, Kontakte und praktizierte Ergebnisse.

Landesstiftungen im Verbund der Heinrich-Böll-Stiftungen gibt es in allen Bundesländern, Auslandsbüros finden sich auf allen Kontinenten.

Wir stehen in unseren Wertorientierungen Bündnis 90/Die Grünen nahe, wirken aber als organisatorisch, finanziell, personell und inhaltlich eigenständiger Verein.

Weiterdenken lebt von Ihrem Interesse: Tragen Sie sich auf unserer Internetseite in den Verteiler ein und wir informieren Sie per eMail über Veranstaltungen und Veröffentlichungen, auf Wunsch auch per Post.

Weiterdenken -
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen e.V.
Schützengasse 18 | 01067 Dresden

www.weiterdenken.de
eMail info@weiterdenken.de
fon 0351 - 49 43 311

fax 0351 - 49 43 411

V.i.S.d.P. Stefan Schönfelder

Redaktion: Team Weiterdenken

Ulrike Bürgel, Kathrin Krahf, Kathrin Bastet, Lina Gause, Stefan Schönfelder

Redaktionsschluss 15.08.2013

Satz: Stefan Schönfelder

Druck: Union Druckerei Dresden

Auflage: 3.000



www.youtube.com/boellsachsen



www.facebook.de/weiterdenken

